

Regionalpolitisches Manifest des Juso-Bezirks Braunschweig

Von *Miriam Riedel-Kielhorn, Sebastian Kunde, Christopher Hirschfeld, Peter Senftleben, William Labitzke und Stefan Hillger*

5 „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (Karl Marx)

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Bezirk Braunschweig haben dieses Manifest auf unseren Seminaren und in unseren Projekten entwickelt. Es ist das Ergebnis der Diskussionen, die wir während des letzten Jahres auf Bezirksebene über die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Aufgaben der Kommunen und den ÖPNV gemeinsam geführt haben.

15Es orientiert sich an **sozialdemokratischen Grundwerten**, der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung des Individuums im Rahmen einer solidarischen Gesellschaft, in der einzelne Menschen und die sozialen und kulturellen Gruppen gleichberechtigt, friedlich und solidarisch zusammen leben können.

20Es enthält Ansichten, Meinungen und Ideen, die jungen Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich bei den Jusos und in der SPD engagieren, im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung ihrer Region und ihren Kommunen wichtig sind.

Dieses Manifest formuliert ohne den Anspruch auf Vollständigkeit die Ziele unseres kommunal- und regionalspezifischen Handelns, indem es einen Rahmen und Ziele jungsozialistischer Politik setzt. Die konkrete inhaltliche Umsetzung unserer Ansätze muss in der Kommunalpolitik unserer neuen Kommunen durch kommunalpolitisch aktive Jusos in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie sowie gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern erfolgen. Gleichzeitig verbinden die hier angeführten politischen Forderungen kommunalpolitische mit bundespolitischen Themen, um unseren gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch und unseren Veränderungswillen zu zeigen. In diesem Zusammenhang drückt dieses Manifest unser Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zum öffentlichen Personennahverkehr, zur Rekommunalisierung privatisierter Güter und Dienstleistungen, einer sozialen Kommune, einer integrativen Bildungspolitik, zum

Kampf gegen rechtsradikales Gedankengut und menschlichen Freiräumen aus.

I. Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge als 5 Handlungsprinzip

Die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang aller zu den Dienstleistungen, die für das gesellschaftliche Zusammenleben sowie ein selbst bestimmtes Leben des Einzelnen
10wichtig sind. Wir sehen die öffentliche Daseinsvorsorge als zentralen Bestandteil einer gerechten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sie sichert die Bedingungen des Prinzips der „Guten Arbeit“ für die Belegschaft, langfristige Investition in die Infrastruktur, Investitionen in zukunftsorientierte Projekte sowie die Mitbestimmung in den öffentlichen Betrieben.

15

Im neoliberalen Gedankengut herrscht der Irrglaube, öffentliche Aufgaben können in einer Wettbewerbssituation effektiver organisiert werden und so allen Menschen günstig zur Verfügung gestellt werden. Deshalb vertreten sie die Ideologie des schlanken Staates, die einen weitgehenden Rückzug des Staates beinhaltet. Auf
20Basis dieser Ideologie wurde seit einigen Jahrzehnten eine Vielzahl von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, die die öffentliche Hand allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt hat, massiv abgebaut. Da viele Bereiche der Daseinsvorsorge jedoch durch die private Wirtschaft kaum gewinnbringend gestaltbar sind, ist eine Angebotsreduzierung, eine Aussetzung von Investitionen sowie ein Preisanstieg die
25Folge. Dies erhöht soziale Ungleichheiten und ungleiche Lebenschancen.

Die SPD versteht Staat und Markt nicht als Gegensätze, sondern sieht den Staat als Mittel der politischen Gestaltung. Dem Staat obliegt deshalb die Verantwortung, den diskriminierungsfreien Zugang zu Bereichen der Daseinsvorsorge zu garantieren sie
30dürfen nicht den Mechanismen des Marktes überlassen werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge sichert ein an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot. Gerade in strukturschwachen Gebieten sowie im ländlichen Raum trägt sie zur Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens und durch eine flächendeckende Grundversorgung zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft

bei. Sie sorgt für die nötige Bereitstellung von Infrastruktur vor Ort.

Viele Kommunen sind verschuldet. Deshalb wird der Verkauf von öffentlichem Eigentum als Mittel zur Sanierung der Haushaltssituation betrachtet. Allerdings wird dadurch nur ein kurzfristiger Stroheffekt erzielt, da die öffentlichen Haushalte durch die Verkaufserlöse nur einmalige Einnahmen erzielen können.

Die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand unterliegt demokratischen Entscheidungsprozessen. Darin liegt eine große Chance angesichts der zunehmenden Zurückdrängung der Demokratie gerade in wirtschaftlichen Bereichen. Beispielsweise kann jede Kommune sich selbst als zukunftsfähiger und lebenswerter Ort neu definieren. Aus diesem Grund kann die Kommune Entwicklungen starten, um individuell kommunale Trends oder kommunale Wiedererkennungsmerkmale zu bilden. Beispielsweise hat sich die Region Hannover zur einer „Klimaschutzregion“ entwickelt oder Göttingen sich als „Stadt, die Wissen schafft“ neu definiert.

Durch Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgliederungen von kommunalen Dienstleistungen verliert die öffentliche Hand – und somit die politischen Gremien als Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger – langfristig immer mehr an politischen Kontroll-, Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Beispielsweise hat die Stadt Braunschweig durch die Privatisierungen der BS-Energy und der Stadtentwässerung BS keine direkten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten mehr in diesen Unternehmen.

25

II. Nachhaltigkeit als Prinzip unseres Handels

Die Herausforderungen der Globalisierung bedürfen einer Antwort auf den aktuellen grundlegenden Umbruch unserer Gesellschaft. Wir brauchen ein neues Denken und Handeln in allen Politikbereichen. Hier greift das Prinzip der Nachhaltigkeit, das sich auf langfristige, soziale, ökonomische und ökologische Entscheidungen mit Langzeitwirkungen beruft und diese ins Gleichgewicht bringt.

Unter dem Prinzip der Nachhaltigkeit verstehen wir ein politisches Handeln, das über

die alltäglichen Handlungsbedürfnissen hinausgeht. Bereits heute müssen die Weichen gestellt werden, damit auch zukünftige Generationen gute Lebensbedingungen vorfinden können.

5Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist eine Antwort auf die liberal geprägte Globalisierung, die den freien Markt als Selbstzweck sieht. Gerade durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Jahr 2008 sind dem Irrglauben einer uneingeschränkten Wachstums-Logik Grenzen auferlegt worden. In der Gesellschaft sind die Grenzen des Wachstums bereits mehrheitlich anerkannt. Viele fragen sich, 10wohin die Gesellschaft steuert. Deshalb brauchen wir eine überzeugende Vision mit einer verlässlichen Langzeitperspektive, an der wir unser aller Handeln und unsere Politik ausrichten. Dem Prinzip der Nachhaltigkeit ordnen wir folgenden Grundprinzipien zu:

151. Nachhaltigkeit heißt, langfristig denken und so handeln. Die Handelsabläufe in der globalisierten Welt werden extrem beschleunigt. Politische Fehlentscheidungen bekommen wir häufig selbst schon früh genug zu spüren. Diese sind somit Folgen nicht-nachhaltiger Entscheidungen.

202. Nachhaltigkeit heißt, vernetzt denken zu können. Klima- und Umweltpolitik stehen nicht im Gegensatz zu Wirtschafts- und Industriepolitik. Außerdem sind für uns Ökologie, Ökonomie und soziale Aspekte nicht Gegensätze, sondern gleichrangige Handlungsprinzipien einer nachhaltigen Politik.

253. Nachhaltigkeit heißt, global zu denken und so zu handeln. Als progressive Kräfte unserer Gesellschaft dürfen wir den Konservierern und Konservativen das Feld nicht überlassen. Wir müssen neue Wege gehen, eigene Standards setzen und nicht nur das nachmachen, was andere vormachen. Wir können dadurch zum Zukunftsmotor einer globalen Gesellschaft werden.

30

4. Nachhaltigkeit muss für jeden Menschen greifbar sein und darf nicht nur von Intellektueller Seite betrachtet werden. Dieses Handeln müssen wir als Prinzip der Nachhaltigkeit in die Gesellschaft tragen.

III. Dem kommunalen Gestaltungsanspruch nachkommen- die Rekommunalisierung vor Ort gestalten

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass sich die mit der Privatisierung verbundenen Erwartungen wie beispielsweise günstigere Preise und bessere Dienstleistungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht erfüllt haben. Der Markt sorgt nicht automatisch für bessere, günstigere und bürgerfreundlichere Dienstleistungen. Mittlerweile lässt sich feststellen, dass viele Kommunen aufgrund ihrer desolaten Finanzsituation öffentliches Eigentum verkauft haben, um damit kurzfristig ihre Haushalte zu konsolidieren.

Die Kehrseite der Privatisierungen zeigt sich unter anderem in höheren Preisen und Gebühren, schlechteren Dienstleistungen, prekären Arbeitsverhältnissen, geringeren kommunalen Einnahmen sowie weniger bzw. fehlender demokratischer Kontrolle durch die kommunalen Parlamente.

In den vergangenen Jahren haben BürgerInnenentscheide unter anderem in Leipzig, Düsseldorf, Berlin und Freiburg gezeigt, dass Unmut und Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen wachsen und der Wunsch, öffentliche Güter und Dienstleistungen zu erhalten, an gesellschaftlicher Unterstützung gewonnen hat.

IV. Formen und Folgen der Privatisierung

25

Historische Entwicklung

Obwohl seit dem Ende der fünfziger Jahre Unternehmen und Unternehmensanteile aus Staatseigentum veräußert wurden, geriet der Privatisierungsprozess erst in den neunziger Jahren in den Fokus der Öffentlichkeit. Dabei wurden auf der Bundesebene unter anderem die Berliner Industriebank AG, die Deutsche Außenhandelsbank AG, die deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft AG, die Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft AG sowie die Bundesdruckerei privatisiert. Auch die Länder und Kommunen führten zahlreiche Privatisierungen durch, wobei hier vor allem die Wasserversorgung, die Entsorgung von Wasser und

Müll, Krankenhäuser, der ÖPNV, der soziale Wohnungsbau sowie Sport- und Kultureinrichtungen betroffen waren.

Ihren Anfang hatte die Privatisierungswelle in Großbritannien während der achtziger Jahre, da dort innerhalb kürzester Zeit im Rahmen der Ideologie des schlanken Staates die Telekommunikation sowie das Gas- und Transportwesen veräußert wurden.

Formen und Folgen der Privatisierung

10 Unter dem Begriff Privatisierung wird die Übertragung öffentlicher Güter und Aufgaben auf private Anbieter verstanden. Hinter diesem Oberbegriff verstecken sich jedoch zahlreiche Formen, die formal getrennt werden müssen, obgleich sie in der politischen Praxis gleichzeitig auftreten.

15 Formelle Privatisierung bezeichnet die Änderung der Rechtsform einer ursprünglich öffentlichrechtlich organisierten Einrichtung, also etwa die Umorganisation der städtischen Wasserwerke in eine Stadtwerke GmbH. Damit muss nicht eine Veräußerung einhergehen, so dass die Gemeinde auch die hundertprozentige Eigentümerin sein kann. Hier werden oft Argumente der Zweckmäßigkeit und
20 Wirtschaftlichkeit zur Begründung der Umwandlung angeführt. Entscheidend für die politische Bewertung einer formellen Privatisierung sind Transparenz und Kontrolle der Entscheidungen im dann privatrechtlichen Unternehmen sowie die Einhaltung von Standards insbesondere im Bereich der Rechte und Entlohnung der Beschäftigten.

25

Durch die sogenannte Finanzierungsprivatisierung werden private Mittel zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben oder Güter herangezogen. Darunter fallen Kommunalkredite und viele Modelle des Public-Private-Partnership. Diese Form der Privatisierung muss differenziert betrachtet werden: Public-Private-
30 Partnership wird in der politischen Diskussion all zu gerne, häufig auch von Teilen der SPD, als der neue dritte Weg zwischen traditioneller Eigenerbringung einer Leistung durch den Staat einerseits und der vollständigen Privatisierung andererseits angepriesen, von dem alle Beteiligten nur profitieren könnten. Public-Private-Partnership ist jedoch kein neuer Weg, sondern häufig nur der kompromissfähige

Zwischenschritt zu einer vollständigen Privatisierung. Wie weitgehend sie ist, hängt entscheidend davon ab, wie durch sie die Eigentumsverhältnisse, die Verfügungsbefugnis und die Kontrolle über das betreffende Gut ausgestaltet werden. Unter funktionaler Privatisierung versteht man die Übertragung einer bisher öffentlichen Aufgabe an private Dritte oder auch das Zulassen weiterer Anbieter neben der öffentlichen Hand auf einem dadurch entstehenden Markt. Es ist das Feld der zentralen Auseinandersetzung um Privatisierung, denn hier wird der Kampf darum ausgetragen, welche Aufgaben und Güter öffentlich angeboten und dem Markt entzogen werden müssen und welche im Wettbewerb von Staat und Privat oder rein privatwirtschaftlich organisiert denkbar sind. Es geht hier um die elementare Frage der Definitionshoheit über den Begriff der Öffentlichen Daseinsvorsorge und das Verständnis von Staat und seinen Aufgaben, an dem sich jungsozialistische und sozialdemokratische Vorstellungen von konservativen und liberalen abgrenzen.

Materielle Privatisierung schließlich bedeutet Verkauf und Übereignung von staatlichen Gütern an Private, was sowohl ganze Einrichtungen als auch nur Unternehmensteile oder -anteile umfassen kann. Hierunter fällt auch das sogenannte Sale-and-lease-back, bei dem eine öffentliche Sache veräußert, übereignet und sodann zum Gebrauch vom neuen (privaten) Eigentümer gemietet wird - damit ist es mehr als Finanzierungsprivatisierung, weil für die Mittel, die in die öffentliche Kasse fließen, das Eigentum an einem öffentlichen Gut aufgegeben wird. Insbesondere funktionale und materielle Privatisierung zeigen vielfältige Folgen, deren Gegenwert meist in nicht mehr als einer kurzfristigen Erleichterung des öffentlichen Haushalts besteht. Bei umfassender aber auch bei einer nur teilweisen Privatisierung verbleiben nur die defizitären Bereiche in der öffentlichen Hand, weil an diesen kein privatwirtschaftliches Interesse besteht. Das sind regelmäßig jedoch diejenigen Einrichtungen, die besondere Bedeutung für Chancengleichheit auch im Bereich von Bildung, Kultur und Sport haben.

Quersubventionierungen zu deren Gunsten sind dann nicht mehr möglich, weil Einrichtungen fehlen, die die dafür erforderlichen Mittel erwirtschaften. Die öffentliche Hand selbst bringt sich um ihre Handlungsspielräume durch Verlust regelmäßiger Einnahmen und um die Mittel und Einrichtungen zur Gestaltung.

In den privatisierten Bereichen fehlt es vielfach an Transparenz und Kontrolle, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, und nicht selten werden die Preise entgegen anderslautender Absicht nicht niedriger, sondern höher. Und obwohl der Wettbewerbsgedanke regelmäßig Rechtfertigung von Privatisierungen ist, entwickeln sich in der Folge Monopole und Oligopole, die - Beispiel Energiesektor - den Markt zum Nachteil von Leistung, Kosten und zukunftsfähiger Weiterentwicklung der Versorgung beherrschen.

10V. Verstehen und gestalten - das Prinzip der Rekommunalisierung

Unter dem Begriff „Rekommunalisierung“ wird die Rückführung des vormals an Dritte verkauften Eigentums in kommunale Hand bezeichnet. Dieser Trend ist vor allem in der Energieversorgung zu beobachten, da viele Kommunen derzeit prüfen, die mit privaten Unternehmen geschlossenen Konzessionsverträge nicht zu verlängern und stattdessen wieder auf die sich in öffentlicher Hand befindlichen Stadtwerke zu setzen. Bundesweit laufen während des Zeitraums von 2011 bis 2015 etwa tausend dieser Versorgungsverträge aus. Ein weiteres Merkmal der Rekommunalisierung ist der (Rück)Kauf von Anteilen privater oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen durch die Kommunen.

Neben der Energieversorgung zeigt sich die Absicht, Güter und Dienstleistungen zu rekommunalisieren, auch in der Abfallwirtschaft, der Straßenreinigung, bei Bauhöfen sowie bei der Wasserversorgung. Ursache des Trends der Rekommunalisierung liegen in den schlechten Erfahrungen durch die Privatisierung sowie in dem Wunsch und der Notwendigkeit, aufgrund der desolaten Finanzsituation neue und dauerhafte Einnahmen zu erschließen.

Der Prozess der Rekommunalisierung wird durch die Methode der Haushaltsführung gestärkt, weil zurückgekaufte Güter und Dienstleistungen seitens der Kommunen als Vermögenswerte bilanziert werden dürfen. Dies ermöglicht theoretisch sogar den Rückkauf durch die Aufnahme von Darlehen und ermöglicht den Kommunen mehr Handlungsfähigkeit.

VI. Anforderungen und Vorteile der Rekommunalisierung

Wir Jusos setzen auf das Prinzip der Rekommunalisierung und begrüßen diese grundsätzlich. Jedoch ist vor Ort zu entscheiden, ob eine Rekommunalisierung sinnvoll erscheint. Um diesen Begriff mit Leben zu füllen und unserem jungsozialistischen Gestaltungsanspruch gerecht zu werden, müssen folgende ausformulierte Ziele mit der Rekommunalisierung von Gütern und Dienstleistungen verbunden sein, damit diese unseren Ansprüchen gerecht wird:

10 Bezahlbarkeit und Erreichbarkeit:

Rekommunalisierte Güter und Dienstleistungen müssen für alle Bürgerinnen und Bürgern bezahlbar und erreichbar sein. Dies bedeutet, dass Einkommen und gesellschaftliche Stellung keine Zugangskriterien sind.

15 Daseinsvorsorge statt Profitstreben:

Ein weiteres Kriterium ist, dass rekommunalisierte Güter nicht unter dem Profitstreben wie in der Privatwirtschaft stehen dürfen, sondern die Versorgung der Menschen im Mittelpunkt steht. Transparent und demokratisch muss entschieden werden, wie mit möglichen Gewinnen, die beispielsweise die Stadtwerke erzielen, zu verfahren ist.

Bedarfsgerechte Planung und umweltschonende Leistungserbringung:

Bei der Rekommunalisierung ist die bedarfsgerechte Planung zu berücksichtigen, die auf den Bedürfnissen der Menschen vor Ort basiert. Dementsprechend müssen Ver- und Entsorgungsaufgaben in die Stadtentwicklungsplanung integriert werden. Für uns Jusos sind die Energieeffizienz und die klimafreundliche Energieversorgung wichtige Kriterien politischer Gestaltung, die bei der Rekommunalisierung der Energieversorgung berücksichtigt werden müssen.

30 Rekommunalisierung fördert die lokalen Wirtschaftskreisläufe:

Kommunale Betriebe sind meistens mit der lokalen Wirtschaft und den Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort stärker verbunden als zentral agierende Großunternehmen. Kommunale Unternehmen vergeben Aufträge in der Regel meistens an lokale Unternehmen, wodurch Beschäftigung vor Ort gesichert und

gestärkt wird. Außerdem ist die makroökonomische Bedeutung der kommunalen Investitionen groß, da diese neue Investitionen der öffentlichen Hand im Bereich ökologischer, sozialer und kultureller Dienstleistungen erschließen.

5Rekommunalisierung muss dem Prinzip der guten Arbeit verpflichtet sein:

Für die Beschäftigten der rekommunalisierten Betriebe müssen die Tarif-, Qualitäts- sowie Sicherheitsbestimmungen des öffentlichen Dienstes gelten. Lohndumping lehnen wir entschieden ab! Außerdem sind die erforderlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und die Rechte der ArbeitnehmerInnen müssen gelten.

10

Änderung des Vergaberechts:

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss an die Erfüllung von ökologischen und sozialen Standards, an bestimmte Entlohnungen sowie an die Gleichstellung der Geschlechter gebunden sein.

15

Sozialdemokratisches Profil zurückgewinnen:

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren das Vertrauen zahlreicher Wählerinnen und Wähler verloren, da ihr eine Botschaft fehlte und ihre Politik größtenteils als sozial ungerecht empfunden wurde. Dabei vollzog sich der Erosionsprozess der SPD auf allen politischen Ebenen von den Kommunalwahlen bis zur Bundesebene. Mit dem Ansatz der Rekommunalisierung bietet sich der Sozialdemokratie die Möglichkeit, vor Ort verloren gegangenes Profil zurück zu gewinnen und für eine Politik zu kämpfen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Gerade das Verständnis der öffentlichen Daseinsvorsorge ist das politische Feld, in dem die politischen Kämpfe über die Frage ausgetragen werden, welche Aufgaben und Güter öffentlich angeboten und dem Markt entzogen werden müssen und welche im Wettbewerb von Staat und Privat oder rein privatwirtschaftlich organisiert denkbar sind. Hinter diesem Wettstreit versteckt sich die Deutungshoheit über das Verhältnis von Staat und Markt, an dem sich konservative, liberale und sozialdemokratische Vorstellungen fundamental voneinander unterscheiden. Deshalb bietet sich der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zur politischen Abgrenzung von der neoliberalen Idee des schlanken Staats an und trägt dazu bei, sozialdemokratisches Profil zurück zu gewinnen.

VII. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen

5 Durch die weg gebrochenen Steuereinnahmen wurde den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit weitgehend genommen, sodass sie sich immer mehr aus den so genannten freiwilligen Aufgaben zurückgezogen haben. Gleichzeitig hat das Land Niedersachsen den Kommunen immer mehr zusätzliche Aufgaben auferlegt, ohne ihnen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Unserer Ansicht nach darf das 10 Land Niedersachsen den Kommunen nicht mehr ohne Entlastungen weitere Aufgaben auferlegen.

Außerdem ist der Trend zu beobachten, dass die Kommunen untereinander in einen verstärkten Wettbewerb um die geringsten kommunalen Steuern (z.B. 15 Gewerbesteuer) getrieben wurden. Auch diese Steuerausfälle tragen dazu bei, dass die Kommunen faktisch finanziell handlungsunfähig sind und sich immer mehr von ihren freiwilligen Aufgaben getrennt haben und auf das Prinzip der Privatisierung gesetzt haben.

Anstatt des Wettbewerbs zwischen den Kommunen sprechen wir Juso uns für eine 20 interkommunale Zusammenarbeit aus, die auf gemeinsamen Zielen basiert.

Wir sprechen uns für eine Steuerreform aus, die dazu beiträgt, die Einnahmeseite der öffentlichen Hand dauerhaft zu verbessern und auch die Bedürfnisse der 25 Kommunen nicht vernachlässigt. Deshalb fordern wir die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie die Stärkere Besteuerung von Erbschaften. Da es sich bei diesen Steuern nicht um Einnahmen handelt, welche direkt den Kommunen zufließen, fordern wir eine größere Ausschüttung der Steuern durch Bund und Land an die Kommunen für Aufgaben, die 30 von diesen auf die Kommunen übertragen wurden. Außerdem setzen wir uns für eine internationale Transaktionssteuer ein, die auf europäischer Ebene beginnen muss.

Darüber hinaus muss **die Gewerbesteuer** als kommunale Steuereinnahme erhalten und ausgebaut werden. Für uns besteht jedoch ein Reformbedarf im Bezug auf die Unternehmen, welche von dieser Steuer betroffen sind. So muss die Einnahmeseite

der Steuer verbreitert und dadurch krisenfester gemacht werden. Des Weiteren müssen Zuschüsse des Landes Niedersachsen an die Kommunen auch weiterhin möglich sein, um soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen zu fördern.

5Weiterhin sprechen wir Jusos uns dafür aus, die Kommunen aus der Finanzierung der Grundsicherung („Hartz IV“) zu befreien und diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe vollständig dem Bund zu übertragen. Auf diese Weise werden die ungleichen wirtschaftlichen und strukturellen Voraussetzungen der Kommunen weniger bedeutend.

10

VIII. Kommunale Schwerpunkte aus jungsozialistischer Sicht

Die Region in Bewegung bringen – mit dem ÖPNV!

15Mobilität muss allen Menschen ermöglichen, zu jeder Zeit die anfallenden Vorhaben und Anforderungen wahrnehmen zu können. Mobilität ist deshalb nicht die reine Überwindung von Entfernungen, sondern die Möglichkeit jedes Menschen und der Gesellschaft, den eigenen Lebensraum zu nutzen, zu erleben und an ihm Teil zu haben.

20

Besonders die zunehmend wachsende Bedeutung der beruflichen Mobilität erweitert den Begriff der Mobilität erheblich und erfordert daher nicht nur einen Zugang zu kulturellen, urbanen Angeboten, sondern erfordert darüber hinaus auch den sicheren und stressfreien Zugang zum Arbeitsplatz..

25Die Sicherung des Zuganges zu Mobilität ist eine soziale Frage und damit auch ein Kernpunkt jungsozialistischer Politik im Bezirk Braunschweig. Für uns ist der ÖPNV ist fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der ÖPNV ist ein Aushängeschild unseres Bezirks. Für viele Bahnreisende oder Besucherinnen und Besucher aus dem Umland ist der ÖPNV der erste Kontakt mit unserem Bezirks.

30Deshalb hat der Bezirk als Ganzes eine Vorbildfunktion, indem er gemeinschaftlich mit seinen Mitgliedern seinen Förderungsschwerpunkt in einen attraktiven und öffentlichen Personennah- und -fernverkehr setzt.



Attraktivität des ÖPNV fördern

Für uns ist die Attraktivität des ÖPNV in Sachen Angebot, Service und Infrastruktur deshalb entscheidend für dessen Erfolg. Der ÖPNV muss ein verlässlicher Partner für die Mobilität sein. Es ist wichtig, dass der Fahrbetrieb des ÖPNV so strukturiert ist, dass die Fahrzeit eingehalten und somit ein Höchstmaß an Pünktlichkeit gewährleistet wird.

Des Weiteren muss ein klares und transparentes Liniennetz sowie eine klare Taktung des Fahrbetriebes jedem Fahrgast leicht nachvollziehbar sein. Dazu gehören – so weit wie möglich – Direktverbindungen zum Zielort oder einfache und von der Taktung her gut abgestimmte Umsteigemöglichkeiten.

Auch ist uns besonders wichtig, dass es sozial schwächeren Menschen und auch älteren Menschen ermöglicht werden muss mobil zu bleiben. Dafür wären angemessene Tarife für ältere Leute und sozial schwache Menschen die beste Lösung.

Ein moderner bzw. modernisierter Fuhrpark sorgt beim Fahrgast für einen komfortablen und fortschrittlichen Eindruck des Verkehrsbetriebes. Dazu gehört es auch, dass die Fahrzeuge stets sauber gehalten und (Sach-)Schäden stets umgehend beseitigt werden.

Daher fordern wir auch, dass Stück für Stück die alten Fahrzeuge aus dem Verkehr genommen werden und durch neue und moderne Fahrzeuge ersetzt werden. Dies kommt auch der Umwelt zu gute, da verbrauchsärmere Fahrzeuge angeschafft werden können.

25

Intermodalität fördern

Wir benötigen zukünftig eine gleichberechtigte Verteilung aller Verkehrsträger, um jedem Menschen in unserer Region – unabhängig von der sozialen Herkunft – den Zugang und die Teilhabe an der Mobilität zu ermöglichen. Jeder Mensch soll sich in unserer Region in Zukunft zu jeder Zeit uneingeschränkt fortbewegen können, damit die persönliche erzwungene Mobilität (zur Ausübung von Arbeit, Ausbildung, Schule und Einkauf) sowie die persönliche freie Mobilität (zur Ausübung des Ehrenamtes sowie der Freizeitaktivitäten) gewährleistet wird. Ein intelligenter Verkehrsmix kann eine ressourcenschonende Mobilität vom Start- zum Zielort garantieren. Um dieses

Ziel zu erreichen müssen wir zukünftig auf eine intelligente Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger setzen, um eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV zu erzielen.

5 Von Braunschweig in die Region – von der Region nach Braunschweig

Die Verkehrspolitik kann und darf nicht an den Grenzen unserer Städte enden. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten streben an, einen Braunschweiger Verkehrsverbund zu verwirklichen, der über der Summe aller Anbieter im ÖPNV in der Region organisiert ist und die Arbeit der einzelnen Anbieter koordiniert. So sind Verkehrskonzepte im Zweckverband Großraum-Braunschweig zu entwickeln, die Braunschweigs Rolle als Oberzentrum der Region stärken, ohne die Rolle der anderen Zentren in unserer Region zu schwächen.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten werden weiterhin an der Verwirklichung der RegioStadtBahn festhalten und somit eine umsteigefreie Verbindung von der Region in die jeweiligen Stadtzentren verwirklichen. Denn die RegioStadtbahn bietet einerseits für alle Altersgruppen ein zukunftsweisendes, attraktives Regionalverkehrs-Angebot, um direkt den Arbeits- oder Ausbildungsplatz sowie die Schule oder die Hochschule zu erreichen. Andererseits erhält Jede und Jeder ein attraktives Verkehrsangebot für Freizeitaktivitäten in der Region. Auch den Volkswirtschaftlichen Nutzen des Projektes darf man nicht außer Acht lassen, denn es ist das größte regionale Investitionsprogramm unserer Zeit. Durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, sei es ins Schienennetz oder in die Haltepunkte, durch Investitionen ins Verkehrsmanagement, sei es in die Planung, Steuerung und Umsetzung des Projekts als auch in der Beschaffung geeigneter Züge können unzählige Arbeitsplätze in der Region gehalten sowie neu geschaffen werden. Somit ist die RegioStadtBahn ein Gewinn für die ganze Region!

30

Freiräume für Menschen

In den letzten Jahren wurden vermehrt öffentliche Flächen privatisiert. So wurde beispielsweise in Braunschweig aus dem öffentlichen Schlosspark, durch städtische Subventionen gefördert, ein großes privates Einkaufszentrum. Auch das Freizeit- und

Bildungszentrum in Braunschweig musste den Plänen eines Luxushotels weichen. Menschen, insbesondere Jugendlichen, wird immer mehr frei zugängliche Fläche zur Freizeitgestaltung genommen. Stattdessen geht der Trend zu privaten Freizeitangeboten. Dies hat den Nachteil, dass man sich den Regeln der privaten Anbieter beugen muss. Fälle, dass Migranten gewisse Diskotheken nicht betreten dürfen, sind bekannt und passieren häufig.

Zum anderen wird die Ausübung der Freizeit durch Privatisierung der öffentlichen Flächen immer kommerzieller. Das trennt Menschen in verschiedene Gruppen und schafft Gräben, da sich nicht alle die teuren Preise in Diskotheken und Bars leisten können. In den privaten und rein kommerziellen Orten besteht kaum Raum zur Bildung und freien Entfaltung. Das ist auch gar nicht erwünscht. Diese Flächen werden nur angelegt, damit die Eigentümer einen Gewinn einfahren können und Gäste werden nur geduldet, wenn sie genügend Geld dort lassen. Einen anderen Zweck verfolgen diese Orte nicht. Private Möglichkeiten der Freizeitausübung sind in unserer sozialen Marktwirtschaft zwar wichtig, aber in letzter Zeit geschieht ein Wandel, der das Gleichgewicht in falsche Verhältnisse rückt. Der Trend der steigenden Privatisierungen und damit einhergehend der wachsenden Kommerzialisierung der Freizeit muss zugunsten einer bürgernäheren Politik gestoppt werden. Jugendlichen muss genügend Raum zur freien Entfaltung und Bildung unabhängig von Herkunft und Kapital geboten werden.

Integration

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede Person unabhängig von ihrer oder seiner Herkunft gleichberechtigt partizipieren kann. Bisherige Integrationsansätze mögen gut gemeinte Ansätze zur Gleichberechtigung der MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund sein, jedoch ziehen wir das Modell einer Inklusion vor. Anders als die Integration, die einen Teil der Gesellschaft zwar formell in sich integriert, sie jedoch nicht gleichberechtigt in allen Formen teilhaben lässt, erfordert die Inklusion eine völlig gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig ihrer Herkunft am gesellschaftlichen Leben.

In vielen Bereichen des alltäglichen Lebens werden heute Personen mit Migrationshintergrund diskriminiert oder die Separation der Migrantinnen und

Migranten wird gefördert. Dort sehen wir Handlungsbedarf.

So sehen wir in dem Modell des dreiklassigen Schulsystems nur eine unnötige Selektierung, die meist zu Lasten der MigrantInnen ausfällt. Anstatt Grundschul Kinder mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern, werden sie zu oft auf Hauptschulen abgeschoben. Dort enden sie oft aufgrund der Perspektivlosigkeit innerhalb ihrer Gruppe, da das Gefühl der Ausgrenzung gestärkt wird. Studien haben ergeben, dass bei gleichen Noten Viertklässler mit deutschem Namen eher Gymnasialempfehlungen erhalten, als welche mit ausländisch klingenden Namen.

10 Wir wollen den Ausbau der Gesamtschulen weiter fördern. Eine frühe Selektierung ist unnötig und erhöht den Druck auf Kinder in einem Alter, in dem sie dem kaum standhalten können. Zudem erfolgt die Selektierung verstärkt nach ethnischen Kriterien. Wir wollen, dass SchülerInnen gemeinsam lernen können und sich gegenseitig helfen. In vielen Kindern mit Migrationshintergrund steckt mehr Potenzial

15 als dieses Schulsystem erwecken kann. Statt Ablehnung und Ausgrenzung sollten sie ab den Schulen ein Miteinander kennen lernen.

Wir empfinden es als diskriminierend, dass Personen mit Migrationshintergrund oft Nachteile auf dem Arbeitsmarkt haben. Fälle, dass BewerberInnen auf eine

20 Arbeitsstelle nur aufgrund ihres ausländisch klingenden Vornamens oder ihres Wohnortes in einem als „Problemviertel“ bekannten Stadtteils keine Stelle erhalten, kommen häufig vor. Wir fordern gezielte Maßnahmen, um diese Diskriminierung zu beseitigen.

25 Ebenfalls dulden wir nicht, dass so genannte „Stammtischparolen“ oder pauschale und stereotype Vorurteile über Menschen mit Migrationshintergrund akzeptiert werden. In der Geschichte der Bundesrepublik haben stets Einwandererinnen und Einwanderer und deren Nachkommen am Wohlstand mitgewirkt. Allein im Bereich der Gastronomie werden dank vieler Personen mit Migrationshintergrund

30 Arbeitsplätze geschaffen und damit ein Teil am BIP geleistet. Es ist fatal weiter Menschen mit Migrationshintergrund in einigen Bereichen auszuschließen.

In einem pluralistischen Land sollte jedem bewusst sein, dass andere Kulturen ein Gewinn für unsere Gesellschaft sind. Wir setzen uns für diese Vielfalt und ein

Miteinander statt Gegeneinander ein.

Aufklärung gegen Rechts

Die Gefahr von Rechts besteht nach wie vor. Die NPD ist zwar nicht im Bundestag und hat auch bundespolitisch kaum Einfluss, ist aber in zwei Landtagen und in etlichen Kommunen vertreten. Auch im Bezirk Braunschweig gibt es Gemeinden, in denen die Rechten so viele Stimmen erhalten, dass sie in Kreis-, Gemeinde- und sogar Stadträten sitzen. Wir weisen auch darauf hin, dass es nicht nur Nazis in der NPD gibt, wie viele meinen und man sich ausruhen könne, wenn die NPD „nur“ 3% erhält. Es gibt abseits der NPD noch freie Kameradschaften, autonome Nationalisten und weitere Gruppierungen, die rechtsradikales Gedankengut verbreiten und sogar vor körperlicher Gewalt nicht zurückschrecken. Besonders in Großstädten ist die Zahl der Mitglieder in rechtsradikalen Gruppen, besonders bei Jugendlichen, steigend. Wir Jusos empfinden es daher als ungemein wichtig, über die Gefahr von Rechts aufzuklären. Dazu gehört, dass antifaschistische Arbeitsstellen wie die ARUG weiter von den Kommunen finanziell unterstützt werden. Dazu gehört ebenfalls Aufklärung in der Schule und anderen Institutionen und die Nichtduldung von sog. „gemäßigten Rechten“ die mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken.

20 Kommunalen Wohnungsbau erhalten und ausbauen

Der soziale Wohnungsbau, der durch Städte und Kreise vollzogen wird, ist für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ebenfalls zentral. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften orientieren sich an den Bedürfnissen der Mieterinnen und Mieter und sind in die kommunale Entwicklungsplanung integriert. Im Gegensatz zu Investorinnen und Investoren, die ihre Zentralen oft nicht vor Ort haben, sind kommunale Wohnungsbaugesellschaften Teil des kommunalen Lebens. Sie ermöglichen es, auf kommunaler Ebene günstigen Mietraum für Menschen zu schaffen, da sie sich im Gegensatz zu Investorinnen und Investoren direkt um Mieterinnen und Mieter sowie die kommunale Anbindung kümmern. Außerdem ermöglicht kommunaler Wohnungsbau auch mehr demokratische Teilhabe und Kontrolle der Mieterinnen und Mieter in Form von Versammlung, Mieterbünden sowie kommunalen Ausschüssen.

Leider wurden im Zuge der Privatisierungen der letzten Jahre zahlreiche kommunale Wohnungsbaugesellschaften verkauft. Die Folgen zeigen sich besonders im NRW,

aber auch in unserer Region. Gerade in den Großstädten zwischen Rhein und Ruhr verschimmeln Wände, Heizungen werden nicht oder kaum repariert, Aufzüge liegen brach und ganze Stadtteile werden vernachlässigt und bekommen ein schlechtes Image. Gleichzeitig steigen die Mieten.

5Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bekennen uns zum sozialen Wohnungsbau. Unserer Ansicht nach ist es eine zentrale Aufgabe der Kommune, für ihre Einwohnerinnen und Einwohner bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu schaffen. Deshalb sprechen wir uns kommunale Wohnungsbaugesellschaften aus, die im Rahmen der Rekommunalisierung wieder einzurichten sind. Gleichzeitig muss
10der kommunale Wohnungsbau für alle Menschen da sein. Es darf nicht sein, dass soziale benachteiligte Menschen per se in nicht lebenswürdige Wohnungen abgeschoben werden.

15**Weil der Mensch ein Mensch ist- die soziale Kommune schaffen!**

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist die Kommune der Ort des sozialen Handelns, das sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen orientiert. Hier muss unserer Überzeugung nach der Staat in Kooperation mit nicht gewinnorientierten Sozialverbänden sozialpolitische Akzente setzen, die unserer
20Überzeugung nach Vorrang vor Prestigeobjekten haben. Wir wollen, dass alle Menschen selbst bestimmt und solidarisch leben können. Deshalb sehen wir Sozialpolitik als Mittel zur Veränderung und Gestaltung einer menschenwürdigen und lebenswerten Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Probleme wie beispielsweise Armut, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Chancenlosigkeit zeigen sich in erster
25Linie direkt vor Ort. Deshalb brauchen wir ein breit aufgestelltes Netz der kommunalen Sozialpolitik aus öffentlichen Angeboten und Sozialverbänden, die auf Grundlage der Kenntnisse vor Ort auch präventiv tätig sind. Hier muss die Kommune koordinativ tätig sein, indem verschiedene Bereiche wie beispielsweise Schule und Jugendhilfe miteinander verzahnt werden, um den Herausforderungen integrativ
30begegnen zu können.

Kommunale Sozialpolitik ist für uns jedoch mehr als die Überwindung von Notlagen, sondern auch aktive Stadtteilentwicklungspolitik, die Fragen der Arbeit und der Beschäftigung, des Wohnens, der (beruflichen) Qualifizierung in Form eines öffentlichen Beschäftigungssektors, des Lebensstils und der gesellschaftlichen

Teilhabe in einem integrativen Ansatz zusammenführt.

Alle müssen können dürfen, weil Bildung notwendig ist!

5 Bildung bedeutet für uns mehr als das reine Lernen, Bildung ist für uns ein wichtiger Teil in unserem Leben, der in verschiedenen Lebensabschnitten beginnt, aber niemals aufhört.

Daher ist es umso notwendiger, dass Kommunen Bildungsangebote bereitstellen und Räume für Bildung schaffen, durch Bildung wird die Integration gesichert und das soziale Lernen miteinander und untereinander gefördert.

Die Kommunen müssen Möglichkeiten anbieten, Bildung jedem und jeder zu ermöglichen, um gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Denn Bildung ist für alle da – unabhängig vom Geldbeutel und kulturellem Hintergrund. Deshalb ist es unsere Überzeugung das Bildung, kostenfrei angeboten wird.

15 Bildung befähigt zu Demokratie und sozialer Verantwortung die notwendig ist, damit sich eine Kommune entwickelt. Darüber hinaus sorgt Bildung für Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Aufstiegspektiven, die in der Entwicklungsplanung jeder Kommune wichtig ist, um ein attraktives und angenehmes Lebensumfeld zu sichern.

20

Soziales Lernen muss im Mittelpunkt stehen!

Nach unserem Grundverständnis soll Bildung Menschen entwickeln und daher fordern wir von Kommunen gleiche, freie und gute Bildung für alle, frei von wirtschaftlichen Interessen und Einflüssen zu sichern.

Kommunen sollen Bildung fördern und sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen helfen sie zu bewältigen, um die Emanzipation des Menschen voranzutreiben und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Daher fordern wir von Kommunen, Rahmenbedingungen zu schaffen damit die Menschen individuell beraten und weitergebildet werden können.

Bildung als Sprachrohr

Eine Kommune muss Bildung anbieten, für Menschen mit einer Behinderung, MigrantInnen, Schwule, Lesben, Transsexuelle, ausländische Studierende. Dadurch trägt eine Kommune zu einem diskriminierungsfreien Umfeld bei und schafft es das gesamtgesellschaftliche Leben offener und transparenter zu gestalten.

Des Weiteren ist es nach unserer Grundverständnis wichtig, dass eine Kommune Bildungsmöglichkeiten mit Kind ermöglicht, denn die Vereinbarkeit von Familie und Bildung ist in vielen Fällen nicht möglich, dort muss eine Kommune nachhaltig Strukturen entwickeln und umsetzen, damit Bildung ermöglicht wird und damit die Möglichkeit besteht, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren.

Diese Forderungen sind immens wichtig, um eine soziale, bildungsreiche Kommune zu festigen und um sozialdemokratisches Profil zurück zu gewinnen.